

Von der Einwanderung der Jekim zu ihrer politischen Partizipation bei den Wahlen zum Tel Aviver Stadtrat im Jahr 1936

von Sarah Wittkopf

„Die Furcht vor dem Schmelztiegel hat eine Gemeinschaft gepackt, die es sich zur besonderen Ehre anrechnet, nach zehnjährigem Aufenthalt unter uns noch die 'Neue' zu sein, denn noch bewahrt sie ein Kleinod verblichener Gestalt – ihr Deutschtum“, so zitierte das *Mitteilungsblatt (MB)* des *Irgun Olej Merkas Europa*¹ eine sarkastische Polemik Esriel Carlebachs über die „Jekkes“², die 1943 im Jahrbuch der Hebräischen Journalistenvereinigung veröffentlicht worden war.³ Der Vorwurf spiegelt die vorherrschende Stimmung gegenüber den deutschen Juden, die unter Verfolgungsdruck nach Palästina eingewandert waren. Er lautet, sie hätten vor der Integration in das zionistische Aufbauwerk versagt und zur Spaltung der neuen hebräischen Gesellschaft beigetragen.

Eine deutschsprachige Werbung im *Mitteilungsblatt* für das Waschmittel „Kessem“ der Firma „Shemen“ in Haifa aus dem Jahre 1935 zeichnet ein anderes Bild. (Abb.1)

1 Nachfolgeorganisation der *Hitachduth Olej Germania we Olej Austria* (Organisation deutschsprachiger Einwanderer in Palästina). Ihr Organ, das *Mitteilungsblatt*, erschien seit 1932 und wurde in den 1930er Jahren zur ersten und wichtigsten Informationsquelle für die jüdischen Vertriebenen aus deutschsprachigen Ländern.

Es handelt sich bei dem vorliegenden Artikel um einen kleinen überarbeiteten Ausschnitt meiner im Juni 2006 an der Universität Potsdam eingereichten Magisterarbeit unter dem Titel „Von der Emigration zur Alijah. Das *Mitteilungsblatt* der *Hitachduth Olej Germania* in den 1930er Jahren als Dolmetscher“. Für die gutachterliche Begleitung danke ich Prof. Dr. Joachim Schlör, Southampton, und Prof. Dr. Moshe Zuckermann, Tel Aviv.

2 Von osteuropäischen Juden gebrauchte Bezeichnung für die „typischen“ westeuropäischen Juden.

3 *MB*, 8. Januar 1943, S. 5. Esriel Carlebach (1908-56) war nach seiner Einwanderung in Palästina 1936 Mitarbeiter verschiedener Zeitungen. *Maariv* wurde unter seiner Leitung zur bedeutendsten israelischen Abendzeitung und ein Beispiel für verantwortungsbewussten Journalismus.



Die Hausfrau liest Bücher
behaglich im Sessel,
da Kessem für sie
wäscht die Wäsche im Kessel

KESSEM ist ein selbstätiges chlorfreies Waschmittel, das dem klimatischen Verhältnissen Palästinas speziell angepasst ist und die Wäsche schneeweiss macht.

Durch den in heissem Wasser freiwerdenden aktiven Sauerstoff wird die Wäsche gleichzeitig desinfiziert.

KESSEM IST EIN **SHEMEN** ERZEUGNIS

Abb. 1

Die Firma „Shemen“ hatte es sich zur Aufgabe gemacht, *Tozereth Haaretz*, Produkte des Landes an die Stelle aus Europa importierter chemischer Produkte zu setzen. Die abgebildete Anzeige behauptet in satirischer Weise, eine Verbindung von Elementen europäischer Kultur mit den alltäglichen Anforderungen des Lebens in Palästina wäre möglich und wünschenswert.

Zwei Positionen – zwei Überspitzungen. Die Erinnerung an politische Entscheidungen der Jahre 1935-37 in Tel-Aviv soll die vielgestaltigen Aspekte von Integration illustrieren. Tel-Aviv, die „erste moderne jüdische Stadt“, Frühlingshügel, Alt-Neuland. Das *Mitteilungsblatt* der deutschen Einwandererorganisation erschien zweisprachig, anfangs in der Lilienblumstraße 26, später im Rothschild Boulevard 37 und in der Rambamstraße 15. Man bemühte sich darum, den Umfang des Hebräischen kontinuierlich zu erweitern. Heute erscheint das „MB-Yakinton“, herausgegeben von der Vereinigung der Israelis mitteleuropäischer Herkunft, überwiegend in hebräischer Sprache. Es enthält einen umfangreichen Reportagen-Teil, der sich mit aktuellen kulturpolitischen Fragen und der Erinnerung des Kulturerbes befasst.

Den Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung von Tel-Aviv in den Jahren 1935/36 maß das *Mitteilungsblatt* hohe Priorität bei. Schon Anfang 1935 wurden die Leser auf die Wahlen vorbereitet, die, so hieß es zunächst, unmittelbar bevor-

stunden. Erstaunlicherweise folgten dann erst im Dezember des Jahres detailliertere Informationen. Einen Grund für diese Verzögerung finden wir in Notizen aus den November- und Dezember-Heften. Zwischenzeitlich hatte offenbar, so das *MB*, die bisherige Stadtverwaltung durch formale Tricks versucht, die Zahl der Wähler klein zu halten. Mit System wäre dem Grundgedanken einer Wahl, im Ergebnis den Abstimmungswillen einer möglichst breiten Bevölkerungsschicht zu repräsentieren, zu Lasten der Neueinwanderer entgegengewirkt worden. Das sollte sich ändern. Die *Hitachduth Olej Germania (HOG)* war entschlossen, in die Gestaltung der Lokalpolitik einzugreifen. Anders als ursprünglich beabsichtigt hatte die *HOG* entschieden, eine eigene Liste zu den Stadtratswahlen aufzustellen, an deren Spitze Felix Rosenblüth stand.⁴ Die Stadt Tel-Aviv in den Interessen ihrer Bewohner, und zwar aller ihrer Bewohner, wahr zu nehmen, bedeutete vor allem, sie als Stadt der Einwanderer aus vielen Herkunftsländern zu verstehen. So sprach es ein Wahlaufdruck aus der „Sondernummer fuer die Wahlen zur Irijah Tel-Aviv“ im Dezember 1935 aus.

Bisher begegneten die Einwanderer in der Stadtverwaltung von Tel-Aviv Gleichgültigkeit. Wir wollen, dass in Zukunft der Einwanderer spürt, dass seine Interessen in der grossen jüdischen Stadt gewahrt werden. Er soll empfangen werden als der willkommene Bürger der Stadt und nicht als das Objekt der Ausbeutung durch alte Interessengruppen. Für Einwanderer soll der Verkehr mit den Amtstellen der Stadtverwaltung nicht, wie es bisher oft der Fall war, eine demütigende Qual sein, sondern er soll in der Haltung und Höflichkeit aller Beamten das Bewusstsein spüren, dass der Apparat auch für den neuen Bürger da ist, und dass man ihm das Leben erleichtern und nicht bürokratisch erschweren will.⁵

Tel-Aviv, die Stadt der Einwanderung, gestaltend zu leiten – das hiesse konkret: „planmässige Siedlungs- und Wohnungspolitik“, verantwortungsvolle Sorge um „Schule und Kulturpflege“, „soziale Arbeit“ im Sinne einer modernen Wohlfahrtspflege. Es hiesse nicht weniger auch Unterstützung der „Vermögensüberführung aus den Ländern der Golah⁶ nach Erez Israel“. Die Aufstellung einer eigenen Liste brachte der Vertretung der deutschsprachigen Einwanderer den Vorwurf po-

4 Felix Rosenblüth, der sich später Pinchas Rosen nannte, ist als profiliertes politischer Vertreter der deutschen Einwanderung hervorgetreten. Als erster Justizminister Israels schuf er die Grundlagen des israelischen Rechtssystems, in dem die Unabhängigkeit der Judikative von Exekutive und Legislative von Beginn an verankert war.

5 *MB*, Dezember 1935, I, S. 3.

6 Golah/ Galuth: hebr. Bezeichnung für Exil und Diaspora, die Zerstreung des jüdischen Volkes seit der Zerstörung des Zweiten Tempels.

litischer Zersplitterung und nostalgisch-landsmannschaftlicher Gruppenbildung im politischen Leben Erez Israels ein.

Felix Rosenblüth, der später, wie in der zweiten Dezember-Nummer berichtet, als Vertreter der *HOG* in die Stadtverordnetenversammlung gewählt wurde, begründete die politische Profilierung, wenn er schrieb:

Es dient weder den Einwanderern, noch den Eingesessenen, wenn Einwanderer petitionieren, statt mitzuregieren. Es ist für alle Teile besser, wenn die Wünsche und Forderungen von Olim⁷, beispielsweise nach einer zweckmässigen Wohnungspolitik, nach einem Ausbau der Schulen, der mit dem Wachstum der Stadt Schritt hält und den Kindern der Neulinge Platz bietet, nach einer geordneten Wohlfahrtspflege, in der Stadtverwaltung selber vertreten werden und nicht bloss in ihren Vorzimmern. Den Eingesessenen wird die Berechtigung der Forderungen deutlicher, den Einwanderern die objektiven Schwierigkeiten für ihre Verwirklichung erkennbarer werden.⁸

In einer von Leo Kaufmann für den Abdruck im *Mitteilungsblatt* bearbeiteten Rede, die – gehalten auf einer Wahlversammlung am 24. November 1935 – die Siedlungs- und Wohnungspolitik der *Irijah*⁹ einer umfassenden Kritik unterzog¹⁰, findet sich eine weitere Erklärung für die Aufstellung einer eigenen Liste *Olej Germania – Olej Austria*. Eine Vertretung „lebenswichtiger“ Interessen in der Stadtverwaltung wäre auch deshalb in dieser Form notwendig, weil sich „(d)ie Tausende von Olim, die in den letzten Jahren aus den deutschsprachigen Ländern in Tel-Aviv sesshaft geworden sind [...] noch nicht in die Parteigruppierungen eingliedern“ ließen: „Sie können ihre Vertretung nur auf Grund einer eigenen, auf rein sachlichen Gesichtspunkten begründeten Liste finden.“¹¹

Um welche sachlichen Kritikpunkte an der Tätigkeit der *Irijah* es hauptsächlich ging, soll im Einzelnen genannt werden. Zum einen hätte die Stadtverwaltung „durch Mangel an Einsicht, Verantwortung und Initiative versäumt“¹², eine den Erfordernissen der wachsenden Stadt entsprechende Verkehrsführung zu organisieren. So wäre durch die Konzentration des Verkehrs auf eine einzige Nord-Süd-Trasse das tägliche Verkehrschaos vorprogrammiert. Der Einwand, niemand hätte die Entwicklung der Stadt voraussehen können, konnte als Entschuldigung nicht gelten, da es der Stadtverwaltung mittels ihres Besteuerungsrechts und ihrer Ent-

7 Hebr. „Aufsteiger“. Einwanderer nach Erez Israel.

8 *MB*, Dezember, 1935, I, S. 6.

9 *Irijah*: hebr. Stadtrat.

10 Kaufmann, Leo: Siedlungs- und Wohnungspolitik. Wiedergabe der Rede auf der Wahlversammlung am 24. November 1935. In: *Ebd.*, S. 14-17.

11 *Ebd.*, S. 14.

12 *Ebd.*, S. 15.

eignungsvollmacht durchaus möglich gewesen wäre, durch gezielten Ausbau von Parallel- und Nebenstraßen den anwachsenden Verkehr zu kanalisieren. Dass dies praktikabel gewesen wäre, hätte der mustergültige Ausbau des Straßennetzes im Zentrum Tel-Avivs durch die private Initiative der „Agrobank“ bewiesen, die gänzlich ohne die der Stadtverwaltung zur Verfügung stehenden Instrumente ausgekommen wäre.

Des Weiteren hätte die *Irijah* versäumt, durch klare Aufteilung in Geschäfts-, Industrie- und Wohnviertel der jüdischen Industrie Zonen zuzuweisen, die ihr Entwicklungsmöglichkeiten gewährleisteten. Der Mangel an Planung hätte zu anarchischem Durcheinander von Geschäfts- und Wohngebieten geführt, so dass die Situation in mancherlei Hinsicht schlimmer wäre als in den „durch ... Vergangenheit belasteten“¹³ alten Städten Europas. So wird das Fehlen von Grünflächen, Parks und öffentlichen Gärten als einer der auffallendsten Mängel im Stadtbild von Tel-Aviv gekennzeichnet. Sowohl die Frage der Industrieansiedlung als auch die der Anlage von Grünflächen stünde in auffälligem Kontrast zur großzügigen Erweiterung von Haifa und wäre bedingt durch die Untätigkeit der *Irijah* im Kampf gegen die Bodenspekulation. Diese Untätigkeit wäre nicht allein auf Nachlässigkeit zurückzuführen, sondern auf gezielte Verhinderungspolitik der Stadtverwaltung.

Daraus resultierte das alle vorhergehenden übersteigende Problem der völlig unzureichenden Wohnungsversorgung – bei einer Wohndichte, die fast doppelt so groß wäre wie in deutschen Großstädten, bei gefährlichen hygienischen Verhältnissen, bei mangelndem Mieterschutz und enorm überhöhten Mieten.

Und wieder kann sich die *Irijah* nicht auf Mangel an Mitteln berufen. Denn in der gleichen Zeit, in der die *Irijah* nicht einen Finger rührte, um die Wohnungsverhältnisse zu bessern, hat das Siedlungsamt der Arbeiterorganisation ohne Mittel und Apparat Boden für den Siedlungsbau von 6000 Familien erworben, 2000 Häuser gebaut, den Bau von weiteren 1000 Häusern in Angriff genommen und über eine Million Pfund für diese Zwecke aufgebracht.¹⁴

Das „restlose Versagen der *Irijah*“ wäre auch an der Tatsache abzulesen, dass die großzügigen Spenden der vorhergehenden zwei Jahre für die Wohnungsversorgung der deutschen Olim größtenteils in Kanälen der Administration versickert waren. Statt angemessenen Wohnraum zu schaffen, hätte die *Irijah* „10 elende Baracken errichtet“¹⁵. Zum Beweis, dass es anders möglich gewesen wäre, wurde an-

13 Ebd.

14 Ebd., S. 16. Hervorhebung im Original.

15 Ebd., S. 17.

geführt, dass das Siedlungswerk der Arbeiterorganisation für die Errichtung von 2000 Häusern mit einem Bruchteil der administrativen Kosten ausgekommen wäre. Auch das Problem der Verslumung des „Jemenitenviertels zwischen Allenby und Nachlath Benjamin“ wäre von der Stadtverwaltung schlicht verschleppt worden, anstatt es durch kluge Bodenpolitik zu lösen.

Dies alles beruhte, so Leo Kaufmanns Einschätzung, auf Schlamperei einerseits und Ausverkauf an Interessenpolitik andererseits. Demgegenüber wäre es zur Wahrung der lebenswichtigen Interessen der Bevölkerung – und zwar der ganzen Bevölkerung von Tel-Aviv – notwendig, eine eigene Liste der *Olej Germania* für die Stadtratswahlen aufzustellen, um „für eine Reform dieser unhaltbaren Zustände *jenseits von aller Parteipolitik*“¹⁶ zu kämpfen.

Ein weiteres Feld der Kritik an der Politik der Stadtverwaltung umschrieb in der gleichen Nummer des *Mitteilungsblattes* Walter Preuss mit einem Beitrag zur Sozialfürsorge.¹⁷ Er sah Palästina im Übergang von „einem Lande des Chaluzaufbaus für ausgewählte Pioniere des Volkes ... zur ‚Heimstätte‘ des Volkes in einem viel weiteren Sinne des Wortes“¹⁸. Dafür benannte er eine doppelte Ursache: Weltwirtschaftskrise¹⁹ einerseits und Diskriminierung und Verfolgung – nicht nur in Deutschland – andererseits. „In 3 Jahren kamen 120.000 Juden aus aller Herren Länder ins Land.“²⁰ Die Chancen zur produktiven Anlage von Kapitalien in Palästina und das unerhörte Aufbautempo schufen vielfachen Anreiz, auf spekulativen Gewinn mit hohem Risiko zu setzen. Andererseits würde die Zahl der verarmten und sozial desintegrierten Menschen innerhalb der Flüchtlingsaljah immer größer. Diese Einwanderungswelle trafe auf einen „Jischuw, dem das Problem der ‚Immigrantenfürsorge‘ ganz fremd, der dem ‚Aufbau‘ und nicht der sozialen Hilfe zugewandt war“²¹.

Die Aufgaben einer Sozialfürsorge bestanden nun nicht mehr allein in Eingliederungshilfen für mittellos gewordene Einwanderer, sondern ebenso in Unterstützung kinderreicher Familien, verarmter Witwen und Waisen, Sozialarbeit unter den in „großen Städten gefährdete[n] Kinder[n]“ und für „Chronische, in schwe-

16 Ebd. Hervorhebung im Original.

17 Ebd., S. 17-19.

18 Ebd., S. 17. Chaluz: hebr. Pionier. Ideal des jungen Einwanderers nach Palästina, der in harter körperlicher Arbeit die Rekultivierung des Landes vorantrieb und sein eigenes materielles Wohlergehen dem Aufbau einer Heimstätte des jüdischen Volkes unterordnete.

19 In Preuss' Artikel ist die Rede von Weltkrise. Der folgende Satz deutet darauf hin, dass in erster Linie die Weltwirtschaftskrise gemeint ist: „Die Weltkrise schloss die Tore fast aller Länder der Welt vor ‚Emigranten‘ und steigerte andererseits den ökonomischen und sozialen Druck unter den jüdischen Massen in vielen Ländern auf das Unerträglichste.“ Ebd.

20 Ebd.

21 Ebd., S. 18. Jischuw: hebr. „Ansiedlung“, Bezeichnung für die jüdische Bevölkerung in Palästina vor der Gründung des Staates Israel.

rer Arbeit arbeitsunfähig gewordene Kranke“. Preuss wies darauf hin, dass es sich also um Tätigkeiten handelte, die für eine jede Gemeinschaft unumgänglich notwendig und zudem eminent produktiv waren. An dieser Stelle hob er die herausragende Leistung Henrietta Szolds²² als Leiterin der sozialen Abteilung des *Waad Leumi*²³ hervor. Beim Aufbau einer so breit angelegten Sozialfürsorge hätte sowohl die *Deutsche Abteilung* der *Jewish Agency*²⁴ erhebliche finanzielle Mittel zur Verfügung gestellt als auch die deutsche Alijah²⁵ „in hohem Masse *sozial geschulte geeignete Kräfte*“²⁶. „Wir müssen mit Bedauern konstatieren, dass an keinem anderen Ort des Landes diesem Problem ein solches Mass von *Unverständnis seitens ,massgebender Kreise*‘ entgegengebracht wird, wie in der grössten, der ersten jüdischen Stadt des Landes, *in Tel-Aviv*.“²⁷ Politische Rankünen wären dafür verantwortlich gewesen, dass die Stadtverwaltung „trotz unzähliger Bemühungen von Miss Szold“ nicht bereit gewesen wäre zur Zusammenarbeit mit dem *Waad Leumi* und speziell die Fürsorge für Familien aus Deutschland aus Prinzip verweigert hätte.

Die „Hitachduth Olej Germania“ als Vertreterin der Hauptleidenden in dieser Beziehung, geht in den Wahlkampf mit der Losung und Forderung der Einrichtung einer *grosszügigen, modernen, einheitlichen Sozialfürsorge* in Tel-Aviv nach erprobten Methoden für alle bedürftigen Kreise unter den Einwanderern und dem Jischuw und der Gleichstellung der Olim aus Deutschland mit allen anderen Kreisen in dieser Frage.²⁸

Dass die Arbeit einer Stadtverwaltung im Prozess der Integration in jedem Einzelprojekt neu den Ausgleich der Interessen zu schaffen hätte, wurde relativierend bewusst gemacht. Aber „die Repräsentanz der Alteingesessenheit“ wäre immer neu daran zu erinnern, „dass in Palästina alles Bestehende nur Anfang und Vorbe-

22 Henrietta Szold, 1860 in Baltimore geboren, war schon mit 17 Jahren Lehrerin an einer privaten Mädchenschule und gleichzeitig Journalistin. Sie war maßgeblich für die zionistische Bildungs- und Erziehungsarbeit, Direktorin der *Zionist Organization of America*, in Palästina Leiterin der Schwesternausbildung und der Gesundheitspflege in den jüdischen Schulen. Nach 1933 leitete sie die von der *Jewish Agency* gegründete Jugendalijah, mit der deutsch-jüdische Kinder in Palästina eine neue Heimat fanden. Zeitzeugen, die als Jugendliche Henrietta Szold begegneten, erzählten von ihrer starken Ausstrahlung.

23 Hebr. „Nationalrat“. Exekutivorgan der vorstaatlichen jüdischen Gemeinschaft in Palästina.

24 Jewish Agency for Palestine, durch Palästina-Mandat des Völkerbunds offiziell anerkannte Vertretung der Juden gegenüber der britischen Regierung.

25 Hebr. „Aufstieg“. Bezeichnung für die Einwanderung von Juden nach Palästina – Erez Israel in der Neuzeit seit 1882. Die fünfte Alijah umfasste die Einwanderer aus deutschsprachigen Ländern in den 1930er Jahren.

26 Ebd. Hervorhebung im Original.

27 Ebd., S. 18 f. Hervorhebungen im Original.

28 Ebd., S. 19. Hervorhebung im Original.

reitung und Stufe für das Kommende und die Kommenden ist.²⁹ Die Vertretung einer „Gruppe Olej Germania – Olej Austria“ konnte in diesem Kontext Anwaltschaft für die Bedürfnisse der Einwanderer im Generellen, bereits anwesender und kommender, übernehmen. Hinsichtlich Organisation und Planung der Stadt Tel-Aviv bedeutete dies zugleich Gestaltung „des Aufbauinteresses im allgemeinen“. Verantwortliche Wohnungspolitik und Sozialfürsorge würden nicht allein den aus Deutschland kommenden Menschen nützen. Es wurde betont, insofern keinen Partikularinteressen zu dienen. Jedoch musste die spezielle Situation der Einwanderer aus Westeuropa deutlich benannt werden. Ähnliche Herkunftsbedingungen bedeuteten ähnliche Integrationsvoraussetzungen. Kulturelle Prägungen formten die Anforderungen an den neuen Lebensort. Diese Tatsache legte den Zusammenschluss von Einwanderern gleicher Herkunftskoordinaten zu gemeinsamer Arbeit im neuen Lande nahe. Aber die Perspektive, die dieser Begründung abzulesen ist, war Integration, nicht Separatismus oder Isolation.

Die Aufgabe, die dem Stadtrat [unter dieser Perspektive] gestellt ist, heisst nicht Verwaltung, sondern Aufbau. Die Aufgabe ist eine dynamische, keine statische. Sie verlangt nicht bloss ordnenden Verstand, sondern schöpferische Phantasie. Es ist eine grosse, eine schöne Aufgabe.³⁰

Eine Aufgabe für die schöpferische Phantasie im Dienste des gesamten Jischuw; darüber hinaus auch im Dienste des Weltkulturerbes aus der Sicht Felix Rosenblüths, wenn er einen auf die Vernichtung jüdischer Kultur in Deutschland bezogenen Gedanken vortrug. Der Jischuw möge nicht die Katastrophe der deutschen Kultur von seiner Seite noch bestätigen, indem er die Repräsentanz deutsch-jüdischer Traditionen in der neuen hebräischen Gesellschaft nach Möglichkeit zu verdrängen suche. Vielmehr könnten die deutschen Einwanderer einen wesentlichen Beitrag zum Aufbauwerk des Jischuw leisten, indem sie ihre Traditionen zwar kritisch sichteteten, aber Elemente, die als bewahrenswert gelten konnten, pflegten. Ihre Aufgabe musste es sein, nicht den Nationalsozialisten die Deutungshoheit über die deutsche Kultur zu überlassen. Sie hätten nicht nur das Recht, sondern geradezu die Pflicht, sich an den Kommunalwahlen zu beteiligen, da die kommunalpolitischen Entscheidungen im größeren Zusammenhang der landespolitischen, ja sogar weltpolitischen Entwicklungen gesehen werden mussten. Felix Rosenblüths Aufruf „Die Aufgabe – Ein Wort zu den Wahlen“ gipfelte in der Aufforderung:

29 Rosenblüth, Felix: Die Aufgabe – ein Wort zu den Wahlen. In: *MB*, Dezember, 1935, I, S. 6-8, hier S. 7.

30 Ebd., S. 6.

An der bisherigen Stadtverwaltung ist scharfe Kritik geübt worden. [...] Aber Kritisieren ist nicht genug! Wir wollen nicht länger abseits stehen!

Wir wollen aktiv teilnehmen in der Leitung eines grossen Werkes, das andere vor uns begonnen haben, und dem unsere mitschaffende Kraft zu widmen, eine unserer ernstesten Pflichten geworden ist.³¹

In der zweiten Dezember-Nummer des *MB* 1935 findet sich eine kurze Stellungnahme zur erfolgten Wahl.³² Felix Rosenblüth, als Spitzenkandidat der *HOG*, wurde in den Stadtrat gewählt. Ca. 75% der wahlberechtigten Einwanderer aus Deutschland stimmten für ihn – ein erstaunlicher Erfolg angesichts der kurzen Vorbereitungszeit, seitdem die Entscheidung eine eigene Liste aufzustellen gefallen war. Bemerkenswert auch angesichts der Kontroversen um die Aufstellung einer eigenen Liste.³³ Das Motiv, die deutschen Einwanderer auch im Interesse der noch Hinzukommenden aus der Zersplitterung in einer geschlossenen Gruppe zusammenzuführen, wirkte offensichtlich überzeugend. Und Felix Rosenblüth wurde als Garant dafür angesehen, dass die vor der Wahl gegebenen Versprechen auch eingehalten würden.

Ein Jahr später geriet Rosenblüth in eine scharfe politische Kontroverse im Zusammenhang mit der Bürgermeisterwahl in Tel-Aviv nach dem Tode Dizengoffs. Die Wahl des Nachfolgers in der *Irijah* am 20. Oktober 1936 war mit 8:7 Stimmen zugunsten des von der „Dizengoff-Liste“³⁴ präsentierten Kandidaten Chelouche gegen den langjährigen Stellvertreter Dizengoffs, Rokach, ausgegangen. Rokach wurde, so geht es aus den nachfolgenden Stellungnahmen hervor, von der revisionistischen Richtung³⁵ in der *Irijah* – und von einigen Mitgliedern der *HOG* – ge-

31 Ebd., S. 8.

32 *MB*, Dezember, 1935, II, S. 3.

33 Paul A. Alsberg bezeichnet diese Phase der *HOG* sogar als innere Krise, die einher ging mit der Umorganisation der Arbeit, in deren Verlauf der Posten eines besoldeten Generalsekretärs geschaffen wurde. Theodor Zlocisti schied aus der Leitung aus, wenig später auch Ernst Lewy, nachdem Max Kreutzberger zum Generalsekretär ernannt worden war. Zlocisti wie auch Lewy wehrten sich gegen eine stärkere Politisierung der *HOG*, während Kreutzberger diese befürwortete. Vgl. Alsberg, Paul A.: Zur Geschichte der Organisation der Mitteleuropäischen Einwanderer in Israel. In: Recht und Wahrheit bringen Frieden. Festschrift aus Israel für Niels Hansen. Hg. von Shmuel Bahagon. Gerlingen 1994, S. 17.

34 So bezeichnet in einer Erklärung Felix Rosenblüths nach der Wahl, *MB* November, 1936, I, S. 3. Es handelte sich offenbar um ein Mitte-Links-Bündnis, in dem die *Histadruth* starkes Gewicht hatte.

35 1925 formierte sich die Union der Zionisten-Revisionisten mit dem Ziel der Revitalisierung einer konsequent auf politische Autonomie ausgerichteten „territorialen Lösung der Judenfrage“ (R. Lichtheim im Kommentar zum Wahlprogramm 1929). Die Revisionisten vertraten eine Fundamental-Opposition sowohl gegen kompromissbereite oder auf pragmatische Lösungen ausgerichtete Politik als auch gegen einen „falschen Kulturzionismus“ ethisch-religiöser oder sozial-reformerischer Prägung.

stützt. Die *Histadruth*³⁶ hatte darauf verzichtet, einen eigenen Kandidaten aufzustellen, hatte vielmehr mit Chelouche einen Vertreter des bürgerlichen Lagers als Kandidaten der Linken und der Mitte ins Rennen geschickt. Bei dem knappen Mehrheitsvotum für Chelouche hatte Felix Rosenblüths Stimme den Ausschlag gegeben. Auf Betreiben der Minderheitsfraktion in der Irijah hatte aber der High Commissioner der britischen Mandatsregierung am 30. Oktober 1936 den unterlegenen Kandidaten Rokach als Bürgermeister eingesetzt.

Felix Rosenblüth als „das Zünglein an der Waage“ gab in der ersten November-Nummer des *MB* 1936 eine Erklärung zu seiner Entscheidung ab. Offenbar nämlich hatte sich innerhalb der *HOG* eine Gruppierung zu Wort gemeldet, die im Interesse politischer Neutralität von ihm eine Stimmenthaltung erwartet hätte. Das Präsidium der *Hitachduth Olej Germania* hingegen billigte seine Stellungnahme und sprach ihm sein Vertrauen aus. Rosenblüths Erklärung soll in einigen Punkten referiert werden. Politische Neutralität des *HOG*-Vertreters wäre seiner Auffassung nach nicht dahingehend zu verstehen, dass er überhaupt keine Stellung zu nehmen hätte, sondern dass er allein seinem politischen Urteil und seinem Gewissen verpflichtet wäre, nicht aber der Zugehörigkeit zu einer politischen Gruppierung oder einem „bürgerlichen Block“. Eine Stimmenthaltung seinerseits hätte bei „einem Abstimmungsergebnis von 7 gegen 7 ... die Entscheidung in die Hände der Regierung gelegt. Ein höheres Interesse der Wahrung jüdischer Selbstverwaltungsbestrebungen sprach aber dafür, dass dieses Resultat auf alle Fälle vermieden werden musste.“³⁷ Zutreffender wäre also, dem Vertreter der *HOG* einen Standpunkt relativer Überparteilichkeit abzuverlangen, von dem aus er die Folgen seiner Entscheidung im Beziehungsgeflecht der Institutionen, Parteien und Gruppierungen zu verantworten hätte.

Rosenblüth charakterisierte Rokach als „Mann von einer besonders extremen Parteigesinnung, in ausgesprochener Kampfstellung gegenüber grossen Teilen der Bevölkerung Tel-Avivs“³⁸, Chelouche hingegen als „Mann, der im weiteren Sinn des Wortes zweifellos auch bürgerlich orientiert ist, aber kein ausgesprochener Parteikandidat, seiner Natur nach ein Mann des Friedens, des Ausgleichs und der Überbrückung von Gegensätzen“, der es abgelehnt hätte, „irgendwelche Parteibindungen nach links einzugehen“ und „im wesentlichen die Linie der Dizengoff-

36 Allgemeine Arbeiterorganisation des Jischuw, 1920 in Haifa gegründet, mit sozialistisch-sozialdemokratischer Ausrichtung. Erster Generalsekretär bis 1935 war David Ben Gurion. Die *Histadruth* gründete eigene Unternehmen und ist umfassende Wohlfahrtsorganisation Israels.

37 *MB*, November, 1936, I, S. 3.

38 Ebd. Rosenblüth ergänzte: „40% der Wähler, wie sie durch die Arbeiterorganisation repräsentiert werden, und darüber hinaus grosse Teile der Bürgerschaft bis in das Lager der Rechten hinein“. Ebd., S. 4.

Politik verfolgen würde³⁹. Darüber hinaus sah Rosenblüth in Rokach einen Bürgermeisterkandidaten ohne lebendigen Zusammenhang mit der zionistischen Bewegung, der zudem als stellvertretender Bürgermeister schwere sachliche Fehler gemacht hätte. In diesem Punkt teilte Rosenblüth die Kritik der Linken an Rokachs Amtsführung, auch wenn er sie als bisweilen übertrieben kennzeichnete. Insgesamt beurteilte er die Ernennung Rokachs gegen das Mehrheitsvotum der *Irijah* als „schwere Erschütterung unserer *Bestrebungen nach Selbstregierung* im eigenen jüdischen Bezirk“⁴⁰.

In der ersten Stadtverordnetenversammlung nach dieser Entscheidung, Mitte November 1936, wurde – wiederum mit knapper Mehrheit – gegen die Ernennung des Kandidaten der Minderheit durch die Regierung Protest eingelegt und diesem das Misstrauen ausgesprochen. Auch Felix Rosenblüth hatte sich dem Misstrauensvotum angeschlossen. Er begründete dies am 16.11.1936 in *Haarez*. Das *MB* zitierte in der zweiten November-Nummer seine Stellungnahme in deutscher Übersetzung:

Wer sich gegen die zionistischen Grundforderungen vergeht, auf denen Tel-Aviv aufgebaut worden ist, vergeht sich nicht nur am Wesen des Zionismus, sondern auch am Wesen dieser Stadt, ihrem Geist, ihrer Zukunft und ihrem besonderen Glanz, den sie in den Augen von Millionen von Juden in der Golah hat. Was aber ist der Inhalt des Zionismus in Palästina? *Freie Ordnung des jüdischen Lebens auf demokratischer Basis nach der Meinung der Mehrheit* ohne Wichtigtuerei und Vetternwirtschaft, die in unserem Galuthleben so oft in Erscheinung treten. Und jetzt haben wir das erbärmliche Schauspiel erlebt, dass sich in unserer Stadt Tel-Aviv, die ein leuchtendes Beispiel für die unabhängige Gestaltung unseres Eigenlebens sein soll, ein Funktionär bereit gefunden hat, sich gegen den klaren Willen der Mehrheit der gewählten Stadtverordneten zum Oberhaupt der Stadt einsetzen zu lassen.⁴¹

Der emotionale Ton dieser Stellungnahme spiegelt die Schärfe der Auseinandersetzung. Zielpunkt von Rosenblüths Argumentation ist, hinausgehend über die sachliche Kritik an politischen Fehlleistungen Rokachs, die Einschätzung, eine Strategie, die durch nicht-öffentliche Absprachen demokratische Entscheidungen zu unterlaufen trachtet, wäre der Zionistischen Bewegung unwürdig und abträglich: „*Als Zionisten sind wir in dieses Land gekommen, und Zionisten müssen wir hier bleiben.* Das zionistische Ideal bestimmt die Formen unseres Lebens.“⁴² Abschließend be-

39 Ebd., S. 3 f.

40 Ebd., S. 4.

41 *MB*, November, 1936, II, S. 6. Hervorhebung im Original.

42 Ebd. Hervorhebung im Original.

tonte Rosenblüth nochmals, dass er gegen die Entscheidung der Regierung mit allen parlamentarischen Mitteln, die ihm zur Verfügung standen, kämpfen würde. Bemerkenswert ist, welches Gewicht Rosenblüth legte auf die enge Verknüpfung demokratischer Traditionen mit dem Zionismus, eine Verknüpfung, die, aus der Galuth mitgebracht, in Erez Israel gewahrt und vertieft werden sollte.⁴³

Auf diese Erklärung Rosenblüths gab es sehr unterschiedliche Reaktionen. Empörung lösten die Formulierungen „Vetternwirtschaft“ und „Wichtigtuerei“ im Zusammenhang mit der Strategie der Rokach-Fraktion aus. In einem Brief vom 14.12.36, der in der ersten Januar-Nummer des *MB* 1937 veröffentlicht wurde, kennzeichnete Rosenblüth diese Ausdrücke als sachliche Übersetzungsfehler und bemühte sich um Richtigstellung.

Ich gebe zu, dass es schwierig ist, „Shtadlanut gabbait“ zu übersetzen. Dem Sinne nach enthalten diese Worte eine Anspielung auf das aus dem jüdischen Kehilla-Leben bekannte Verhalten der Gemeindegewaltigen, die durch persönliche Bemühungen bei Behörden zu erreichen suchen, was offiziell von Instanz zu Instanz nicht durchzusetzen ist.⁴⁴

Deutlich wird aus dieser Differenzierung, dass Rosenblüth nicht die Vermengung persönlicher Interessen mit politischen von einem moralischen Standpunkt aus kritisiert hatte. Er wollte vielmehr darauf hinweisen, dass ein politisch taktisches Verhalten, das in der Galuth oftmals unvermeidlich schien, nicht ins zionistische Aufbauwerk eingetragen werden durfte.

In der gleichen Ausgabe des *MB* wurde eine Entgegnung zu Rosenblüths Erklärung von Felix Danziger veröffentlicht, auch sie in sehr scharfem Ton gehalten. Sie gipfelte in dem Vorwurf, Rosenblüth hätte „Vorspanndienst für den sozialistischen Volksteil geleistet“, indem er für den von der *Histadruth* mitgetragenen Kandidaten Chelouche gestimmt hätte. Richtigerweise hätte man von ihm erwarten müssen, dass er sich als Stadtverordneter aus dem bürgerlichen Lager einer Art Fraktionszwang gefügt hätte: „in dieser Irijah sind 9 Bürgerliche und 6 Sozialisten; der qualifizierteste unter den Bürgerlichen ist der 9 Jahre amtierende Rokach“⁴⁵, und Chelouche wäre eben nicht als Kandidat der bürgerlichen Gruppe aufgetreten. Zudem wäre er bei weitem nicht so qualifiziert wie Rokach, der „seit 9 Jahren der wirkliche Leiter der Irijah ist und damit auch nach strengen Anforderungen als

43 An dieser Stelle unterbricht, möglicherweise bewusst platziert, eine mehrere Zeilen umfassende Anzeige den laufenden Text, welche die Eröffnung des Hebräischen Seminars der *HOG* Tel-Aviv ankündigt.

44 *MB*, Januar 1937, S. 13.

45 Ebd., S. 14.

'Fachman[n]' gelten dürfte⁴⁶. Wenn Rosenblüth an dieser Stelle so vehement auf der jüdischen Autonomie der Stadt Tel-Aviv bestünde, so wäre das nach Danzigers Interpretation nur als Mobilisierung der „Strasse“ wider alle politische Realität und Vernunft zu verstehen. In seiner im Anschluss abgedruckten Erwiderung verwahrte sich Rosenblüth gegen den Vorwurf der politischen Unanständigkeit. „Die politisch gebildeten Kreise der deutschen Olim haben im allgemeinen in unseren Linken Stützen der Ordnung, des Aufbaus und eines vernünftigen Fortschritts gesehen. Ihnen kann man mit dem Bolschewiken-Schreck nicht kommen. Sie haben gelernt zwischen SPD und radikalen Gruppen zu unterscheiden.“⁴⁷

Die Kontroverse drohte zur Schlammschlacht zu werden. Man unterstellte Rosenblüth, nur ein Zionist der allerletzten Minute zu sein, deshalb wenig glaubwürdig im Hinblick auf seine Forderungen zur zionistischen Perspektive. Erst nach längerer Zeit konnte eine offizielle Richtigstellung erwirkt werden: Rosenblüth war seit mehr als 30 Jahren in der Zionistischen Bewegung aktiv.

Die Vorgänge um die Stadtrats- und die Bürgermeister-Wahlen in Tel-Aviv zwischen 1935 und 1937 zeigen, dass die deutsche Alijah gegenüber verschiedensten Seiten zu dem Vorwurf Stellung nehmen musste, sie verweigerte sich der Integration in den Jischuw und nähme nicht teil am zionistischen Aufbauwerk. An im *Mitteilungsblatt* der *Hitachduth Olej Germania* veröffentlichten Anzeigen ist allerdings abzulesen, dass sich Integration im Sinne eines Brückenschlags und aktiver Beteiligung in der Alltagskultur mit vielerorts großer Selbstverständlichkeit vollzog. Die Grafiken aus dem Anzeigenteil des *MB* für Unternehmen in Tel-Aviv mögen dies veranschaulichen.

46 Ebd., S. 13.

47 Ebd., S. 14.



Abb. 2 Dr. med.
Hans Lelewer (März 1934)



Abb. 3 David Neumann
(Januar 1936)

Das Stichwort „Spezialarzt“ in der ersten Anzeige zieht die Aufmerksamkeit auf sich. Fachärztliche Beratung für ältere Einwanderer wurde in den Jahren der Fluchtwanderung unentbehrlich in einem Umfeld, das zuvor geprägt war von dem Ideal unbeugsamen Durchhaltewillens junger Olim. David Neumanns Anzeige ist schon teilweise in hebräischer Sprache gehalten. Er präsentiert seine Fachkenntnisse ausdrücklich als Zuwachs für die Kultur des Landes.

Bleibt die Anfrage, ob der Wille zur Integration nicht deutlicher dokumentiert werden konnte, indem auf die – so furchtbar missbrauchte – deutsche Sprache verzichtet wurde. „Aus einem Land kann man auswandern, aus der Muttersprache nicht.“⁴⁸ So beginnt Schalom Ben-Chorin seinen Aufsatz über „Sprache als Heimat“. Und in seinen „Bekanntnissen eines Ex-Assimilanten“ schrieb Tristan Leander 1939: „An das deutsche Volk bindet mich heute nichts mehr. An die deutsche Sprache sehr viel.“⁴⁹ Der gelegentliche verstohlene Rückzug in den „Traditionswinkel“ der „Galuth-Heimat“ müsste erlaubt sein. Sonst wäre der Aufenthalt als „displaced person“ im Transit zwischen dem alten und dem neuen Land nicht zu ertragen. Soll ein Brückenschlag gelingen, muss die Sprache als tragbare Heimat im Reisegepäck sein.

In der Tat aber verweigerte sich die Alijah aus deutschsprachigen Ländern dem Schmelztiegel. Integration war nicht im Sinne dieses Bildes zu realisieren. Die Einwanderer konnten sich nicht begreifen als „Material in der Hand des Künstlers“⁵⁰, des Jischuw. Integration hieß vielmehr, das zionistische Projekt als dynami-

48 Ben-Chorin, Schalom: Sprache als Heimat. In: Ders.: Germania Hebraica. Beiträge zum Verständnis von Deutschen und Juden. Gerlingen 1982, S. 33-49, hier S. 33.

49 *Jüdische Welt-Rundschau*, 28.7.1939, S. 6.

50 Auch dieses Bild wählte Esriel Carlebach.

schen Prozess mit zu gestalten. Das bedeutete Mobilisierung zur politischen Beteiligung, Klärung gesellschaftlicher Interessen und Frontstellungen, Pflege einer demokratischen Streitkultur, Skizzierung realistischer Perspektiven aus historischer Erfahrung.

Im Zusammenhang mit den Stadtratswahlen in Tel-Aviv hatte Felix Rosenblüth der deutschen Alijah eine Brückenfunktion zugewiesen, indem er sie als Interpret deutsch-jüdischer Geschichte und ihrer Katastrophe herausforderte, die zum Wohl des Ganzen erinnert werden musste. Das hieß, die Geschichte der deutschen Juden nicht simplifizierend als Irrweg zu begreifen, sondern als Auftrag, das zu Bewahrende zu retten und weiter zu entwickeln. In diesem Sinne konnten die deutschen Einwanderer belebendes Element, „Frühlingsluft“ für ihre Stadt Tel-Aviv werden.